

Stettiner Zeitung.

Aberausgabe.

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
Anzeigen: die Zeitspalt über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstejn & Vogler
G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 5. April. Die „Nat.-Lib. Korr.“
schreibt über die Haltung der Konservativen in
der Frage des Elbe-Trade-Kanals:

Die Konservativen stimmten mit wenigen
Ausnahmen dagegen. Dies ist kein Ruhmesblatt
in der Geschichte der konservativen Partei und
zeugt von deren gegenwärtig politischem Nieder-
gang. Ihre Gegner brachten keinen einzigen sach-
lichen Grund für die Ablehnung vor, sondern
zogen sich nur hinter die kleinlichen und kurz-
sichtigsten Sparmassregeln zurück. Dies
und die Verzagtheit einer ausländischen Unterbrin-
gung der pergamentenen Alterthümer kennzeichnet
diese Sorte von überlebender Sparjamkeit.
Das war doch sonst nicht gerade eine besondere
Eigenschaft der Konservativen. Andere Parteien
sind auch sparsam. Aber an wirtschaftlich pro-
duktiven Anlagen, an Kulturinteressen und an
moralischen Ehrenpflichten darf man diesen Leuten
nicht ausüben. Er gewinnt sonst eine starke Färbung
ins Schöne. Es liegt auch ganz offen auf
der Hand, daß die Konservativen ohne alle sach-
liche Erwägungen lediglich ihrer politischen Ver-
stimmung und übeln Laune Ausdruck geben, der
Industrie, auf Kosten wichtiger und auch für die
Landwirtschaft sehr bedeutsamer Landesinteressen
eines Versehen wollten. Im Vergleich damit ragt
ja das Zentrum durch Sachlichkeit und Verständig-
keit hervor.

Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht folgende
Bekanntmachung des Reichsanwalts, betreffend
die Anzeigepflicht für die Schweinefleisch, die
Schweinefleisch und den Rothlauf der Schweine:
„Auf Grund des § 10 Absatz 2 des Gesetzes,
betreffend die Abwehr und Unterdrückung von
Viehseuchen, vom 23. Juni 1870 (Reichs-Gesetzbl.
S. 153) bestimme ich: Für die königlich preußi-
schen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Branden-
burg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen
wird vom 16. April d. J. ab bis auf Weiteres für
die Schweinefleisch, die Schweinefleisch und
den Rothlauf der Schweine die Anzeigepflicht
im Sinne des § 9 des erwähnten Gesetzes ein-
geführt.“

Der große Denkmalsauschuss beschloß,
das Bismarck-Denkmal vor dem Westportal des
Reichstagsgebäudes aufzustellen. Dem Kaiser, als
Protector, wird nunmehr ein Gehuch um Ge-
nehmigung dieser Maßnahme unterbreitet werden.

Aus Leipzig wird von dem dort abge-
haltenen Historikertag berichtet:

Am 31. März vereinigen sich die Festteil-
nehmer desselben zu einem Festbankette. Professor
Dr. Arndt machte bei dieser Gelegenheit folgende
Mittelteilung: „In dieser Stunde wird unser hoch-
geschätzter Kollege Herr Oberlehrer Dr. Horst
Kohl dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh
unser Festgedicht überreichen. Mit dem Segens-
wünschen, daß wir nach Friedrichsruh jenseit,
wollen wir gleichzeitig dem Geheile der Zu-
sammengehörigkeit, das in uns lebhaft geworden
ist, Ausdruck geben, dem Geheile der Historiker
zu dem Historiker. Nicht zu dem Historiker, der
die Geschichte gemacht hat, sondern zu dem
Historiker selbst. Sie wissen, daß der Fürst selbst
seine Memoiren schreibt, und ich darf verrathen,
daß sie fast vollendet sind, gearbeitet mit all der
Technik, die wir bei der Darstellung historischer
Werte anwenden.“

Zur Erklärung der Thatsache, daß die-
mal Graf Philipp Hohenberg das Anwärterge-
lände am kaiserlichen Hoflager in Abbazia vertritt,
schreibt der „Hamb. Korresp.“ Folgendes:

Die Heranziehung des Grafen Hohenberg
hängt mit dessen Ernennung zum Vorkämpfer in
Wien zusammen. Abgesehen davon, daß sich bei
diesem Anlaß dem genannten Diplomaten die Ge-
legenheit bietet, sich über die maßgebende Auf-
fassung der für seine Wirksamkeit wichtigsten sach-

lichen und persönlichen Momente eingehend zu
untersuchen, gewährt der Aufenthalt in Abbazia
auch die Möglichkeit, ihn bei Hofe und in der
Hofgesellschaft in einer für seine Stellung er-
wünschten Weise einzuführen. Prinz und Prin-
zessin Reuß hatten neben ihren persönlichen Vor-
zügen schon durch ihre Angehörigkeit zum höchsten
Adel und ihre nahe Verwandtschaft mit regieren-
den Häusern am Wiener Hofe und in der Hof-
gesellschaft eine so ausgezeichnete Stellung, daß es
für den Nachfolger schwer ist, hierin nicht zurück-
zuführen. Eine Einführung, die den Unterschied
in den persönlichen Verhältnissen des neuen Vor-
kämpfers und seiner Familie thunlichst ausgleicht,
liegt daher gleichmäßig im dienstlichen Interesse
wie im persönlichen des neuen Vorkämpfers. In
diesem Umfange allein liegt eine ausreichende Er-
klärung für den diesmaligen Wechsel in der
Person des Vertreters des auswärtigen Amtes am
Hoflager von Abbazia, ohne daß man nöthig hätte,
dazu Kombinationen, sei es persönlicher, sei es
sachlicher Art, vorzuschlagen.“

Der Kaiser Wilhelm empfing gestern den
in Abbazia eingetroffenen Chef der Marinektion
des österreichischen Reichskriegsministeriums, Ad-
miral Frhr. v. Sierneck, welcher zur kaiserlichen
Mittagstafel zugezogen wurde. Der Kaiser und
die Kaiserin, sowie die kaiserlichen Prinzen wohnten
gestern Nachmittag in Begleitung des Ge-
sandes Grafen zu Eulenburg dem Lawn-Tennis-
Spiele bei. Die Nacht „Christliche“ ist zur Er-
gänzung des Kohlenvorraths und zur Vornahme
einer Reparatur nach Finne abgegangen.

Am 3. d. Mts. ist in Breslau der Ge-
heime Justizrat Bartholomäus, Direktor des
dortigen Landgerichts, im Alter von 68 Jahren
verstorben. Er hat dem Justizdienst seit 1848
angehört; 1854 wurde er Gerichtsassessor im
Oberlandesgerichtsbezirk Stettin und 1855 Kreis-
richter in Zabobshagen. 1862 wurde er als
Kreisrichter nach Ramin versetzt und kam 1868
als Dirigent der Gerichtsdeputation nach Posa-
n, wo er im folgenden Jahre Kreisgerichtsrath
wurde. Im April 1871 wurde er zum Kreis-
gerichtsdirektor in Schrimm befördert, 1878 in
gleicher Eigenschaft nach Kempen versetzt und bei
der Justizreformorganisation zum Landesgerichtsdirektor
in Wissa ernannt. Im Januar 1883 kam er an
das Landgericht Breslau und erhielt im Juli 1891
den Charakter als Geh. Justizrath.

Graubenz, 4. April. Die Stadtverwaltung
beschloß, das alte katholische Lehrerseminar für
70000 Mark anzukaufen und zu einem Rathshaus
einzurichten.

Koburg, 3. April. Der Theil der Thron-
rede, welcher sich auf die eigenen Angelegenheiten
von Koburg-Gotha bezieht, hat den am wenigsten
günstigen Eindruck gemacht. Die engere Verbin-
dung beider Landesteile, die Ausdehnung des
Reiches der „gemeinschaftlichen Angelegenheiten“,
die der Herzog für „dringend nöthig“ erachtet,
finden grade in der Bevölkerung den stärksten
Widerpruch, wie sie folgen bereits unter der Re-
gierung des vorigen Herzogs gefunden haben.
Schon die Errichtung des gemeinsamen Landes-
parlamentes und die Heranziehung einiger gemein-
samen Angelegenheiten ist nicht leicht geworden.
Gotha will eben Gotha und Koburg will Koburg
bleiben; es will nicht eines in das andere aufgehen.
Es wird daher dieser Theil des Regierungsprogramms
nicht so leicht und nicht so schnell sich verwirklichen
lassen.

Der gemeinschaftliche Landtag hält heute eine
Sitzung zur Entgegennahme der Vorlage.

Koburg, 4. April. Der gemeinsame Land-
tag nahm die Wiederwahl des bisherigen Bureaus
vor und verwies die einzelnen Vorlagen an die
Kommissionen.

Darmstadt, 4. April. Die zweite Kammer
bewilligte nach längerer Debatte für Volksschulen
980000 Mark. Die Kammer ersucht die Regie-

rung, die Einfühl des Handfertigkeitsunterrichts
in den Volksschulen erwägen. Die Regierung
brachte den Antrag, für die Restaurierung des
Mainzer Doms; den benötigten 900000
Mark 300000 zu bewilligen, falls die Stadt
Mainz die übrigen 600000 Mark bewilligt.
Stuttgart, April. Die Königin von
Sachsen ist heute 10 Uhr hier eingetroffen.
Bei der Salustianer Nachmittags brachte der
König ein Hoch; das fürstliche Brautpaar,
Prinz Johann G von Sachsen und Prinzessin
Isabella, aus. Festvorstellung im Hoftheater
am Abend, bei der „Falken“ gegeben wurde,
nahm einen glänzl. Verlauf.

Deftsch-ungarn.

Wien, 4. M. Der Kaiser Franz Josef
stattete heute Nachmittag dem Vorkämpfer Prinzen
Reuß und Gemahlinen Abtheilungsbesuch in dem
Vorkämpferspalais ab. Er verweilte 1/2 Stunden
verweilte. Nach herer Verabschiedung kehrte der
Kaiser nach der Burg zurück.

Die „G. S.“ meldet, daß Kaiser Wilhelm
sich am Sonnabend von Abbazia nach Venedig
begeben und König Albert zu seiner Begrüßung
in Venedig eintrifft wird. Der Kaiser fährt
mit dem Schiffs „Molte“ von Abbazia nach
Venedig. Der die Vorkämpfer von Willow
trifft aus Rom gleich in Venedig ein. Gestern
empfangt der Kaiserin Abbazia den dort einge-
troffenen Chef der Marinektion des öster-
reichischen Reichskriegsministeriums, Admiral Frhr.
v. Sierneck, zur kaiserlichen Mittags-
stafel zugezogen wur.

Kraun, 4. M. Bei einigen der ver-
hafteten Excedenten wurden größere Geldbeträge
gefunden. Da die uie der untersten Klasse an-
gehören, erscheint die Thatsache verdächtig.

Frankreich.

Die französisch-portugiesischen Beziehungen,
die durch die Abberung des französisch-ge-
bildeten aus Lissabon sehr gespannt geworden
waren, beginnen sich der „Pol. Korr.“ zufolge
wieder zu bessern. In Verhandlungen zwischen
den beiden Regierungen über die Fortführung der
Arbeiten an dem Dahn von Lissabon dürften dem-
nächst zu einem befriedigenden Ergebnis führen,
da die portugiesische Regierung die möglichst rasche
Beendigung dieser für die Entwicklung des portu-
giesischen Handels so wichtigen Arbeiten wünscht.
Die zweite schwebende Angelegenheit, die Eisen-
bahnfrage, bietet allerdings größere Schwierig-
keiten, da die portugiesische Regierung zögert, das
von den französischen Interessenten vorgeschlagene
Uebereinkommen anzunehmen. Besteht man in
Paris, wie es den Anschein hat, auf den in
Lissabon unterzeichneten Bedingungen, so dürfte
sich diese Angelegenheit noch einige Zeit hin-
ziehen. Andererseits aber herrscht in Paris
große Betriedigung darüber, daß die portugiesische
Regierung ihren Konjul in Sanfibar, Herrn
Sousa, der gegen Frankreich Ränke spannt, ab-
berufen hat.

Paris, 2. April. Der offiziöse „Temps“,
welcher in einem Artikel über die jüngste Ge-
burtsstagesfeier des Fürsten Bismarck auch des
kaiserlichen Gesandten erwähnt, meint ironisch,
die Frage, ob der Kaiser dem Beschenken paffe,
interessire eigentlich weniger als die andere Frage,
ob der von ihm geschmiedete seinem Nachfolger
nicht zu groß sei. Auch die „Liberte“ scheint
diese Bestätigung über — Hoffnung zu theilen,
denn sie bemerkt nicht minder ironisch als der
„Temps“, es sei erstaunlich, daß „so erfahrene
Staatsmänner, wie die Deutschen“ an die
„Gymnase“ eines europäischen Zollvereins glauben
können. „Das ist“, so schreibt das Blatt, „offen-
bar Idealismus und die praktische Anwendung
ein Traum. Zunächst ist die Gefahr des Panger-
manismus nicht weniger als drohend. . . .
Und wie wäre es möglich, einen europäischen
Zollverein zu bilden? Alle Staaten haben ver-
schiedene wirtschaftliche Systeme, entgegengesetzte
Interessen, sich widersprechende Gesetzgebungen,
Bedürfnisse und Sitten, die sich in nichts
gleich. Wie diese abweichenden Tendenzen unter
ein Gesetz und eine gemeinsame Leitung zwingen?
Wer soll die Hegemonie eines europäischen Zoll-
verbandes haben? Unlösbar fragen.“

Paris, 2. April. Zwei portugiesische respo-
nsablen, ein Minister und ein zweiter Vorsitzender
des Senats, haben sich gestern in öffentlichen
Reden mit dem Sozialismus beschäftigt. Der
Justizminister Herr Antonin Dubost sagte bei der
feierlichen Eröffnung eines Brünnerkristalls in
Grenoble, es sei unmöglich, das Elend aus der
Welt zu schaffen und allen Leuten ohne Unter-
schied vollkommenes Glück zu verbriefen. Wer das
verspreche, der hindere das Volk, sein Loos durch
eigene Anstrengung zu verbessern. Jeder Ver-
such, die Gesellschaft umzugestalten, sei vergeblich,
wenn er nicht auf der Menschennatur, auf den
Anschauungen und Sitten und auf der Thätigkeit
und den Unternehmungen der Einzelnen beruhe.
Der Staat könne die Arbeit den Einzelnen nicht
abnehmen und sie sich aufbürden. Das Einzige,

was er thun könne, sei, den Bürgern die Freiheit
zur Wahrnehmung ihres Fortbeils zu lassen, sie
gegen Altersschwäche, Krankheit, Unfälle und
Schuldbildung zugänglich zu machen, durch die
jeder seine natürlichen Anlagen voll entwickeln
könne. Diese Aufzählung des Herrn Dubost deckt
sich eigentlich mit einem Theil des sozialistischen
Programms, und wenn er zu dem, was der
Staat seinen Bürgern zu bieten hat, noch das
Recht auf Arbeit hinzugefügt hätte, so wäre
seine zur Bekämpfung des Sozialismus be-
stimmte Rede eine gut sozialistische Rede ge-
worden. Weit heftiger als der Minister ging
der zweite Vorsitzende des Senats, Herr Combes,
gegen die Sozialisten los. Für ihn besteht
gegen die Sozialisten kein Unterschied. Er
unterschiede ja „der Sozialist ist weit gefährlicher.
Er nimmt alle möglichen Formen an. Er weiß
eine Kammer ohne Erfahrung zu täuschen und ihr
das Verlangen nach unbegrenzter Freiheit einzu-
schleusen. Man wird Anstrengungen machen müssen,
um den Sozialisten wie den Anarchisten den Weg
zu verlegen.“ Herr Combes hat über viele Dinge
seine eigene Meinung; wie er die Sozialisten mit
den Anarchisten zusammenwirft, so beklagt er sich
über die Pressefreiheit und findet die Verhöhung
mit den Bekehrten „empörend“. Er ist ein lebens-
schafflicher Freund des Friedens, und das ehrt
ihn. Aber er hofft, auf besonderen Wegen zum
ewigen Frieden zu gelangen. „Ich habe“, sagte
er, „die größte Sehnsucht nach neuen Entdeckun-
gen, die noch viel mörderischere Kämpfe ver-
sprechen; denn sie würden die Unmöglichkeit des
Krieges noch fühlbarer machen.“ Es ist erfreu-
lich, daß Herr Combes keinen großen Einfluß be-
sitzt. Eine Regierung, die nach seinen Grund-
sätzen handeln würde, wäre etwas unheimlich.

Paris, 2. April. Der offiziöse „Temps“,
welcher in einem Artikel über die jüngste Ge-
burtsstagesfeier des Fürsten Bismarck auch des
kaiserlichen Gesandten erwähnt, meint ironisch,
die Frage, ob der Kaiser dem Beschenken paffe,
interessire eigentlich weniger als die andere Frage,
ob der von ihm geschmiedete seinem Nachfolger
nicht zu groß sei. Auch die „Liberte“ scheint
diese Bestätigung über — Hoffnung zu theilen,
denn sie bemerkt nicht minder ironisch als der
„Temps“, es sei erstaunlich, daß „so erfahrene
Staatsmänner, wie die Deutschen“ an die
„Gymnase“ eines europäischen Zollvereins glauben
können. „Das ist“, so schreibt das Blatt, „offen-
bar Idealismus und die praktische Anwendung
ein Traum. Zunächst ist die Gefahr des Panger-
manismus nicht weniger als drohend. . . .
Und wie wäre es möglich, einen europäischen
Zollverein zu bilden? Alle Staaten haben ver-
schiedene wirtschaftliche Systeme, entgegengesetzte
Interessen, sich widersprechende Gesetzgebungen,
Bedürfnisse und Sitten, die sich in nichts
gleich. Wie diese abweichenden Tendenzen unter
ein Gesetz und eine gemeinsame Leitung zwingen?
Wer soll die Hegemonie eines europäischen Zoll-
verbandes haben? Unlösbar fragen.“

Italien.

Rom, 4. April. In den heutigen Sektions-
sitzungen des medizinischen Kongresses wurden
579 Berichte erstattet, darunter 50 aus dem Ge-
biet der Physiologie, 124 aus dem der inneren
Medizin, 93 aus dem der Geburtshilfe und
Gynäkologie, 55 aus dem der Psychiatrie und
Kriminalantropologie. In der Nachmittags ab-
gehaltenen allgemeinen Sitzung hielt Jacobi

(Newyork) einen Vortrag über das Thema:
„Nicht schaden“. Stobis (Amsterdam) sprach
über „Gente in ihrer Beziehung zur
Pharmakotherapie“. Heute Abend werden sämt-
liche Sektionen des Kongresses zehn Banketts
in verschiedenen Lokalen abgehalten. Die Hauptdenk-
mäler der Stadt werden festlich beleuchtet werden
und auf den Plätzen Konzerte stattfinden.

Rom, 4. April. In der hygienischen Sektion
des internationalen medizinischen Kongresses er-
örterte der italienische Konjul in Havre, Corie,
die Nothwendigkeit von Reformen in der
Quarantäne-Gesetzgebung vermittelt eines inter-
nationalen Sanitätsrechtes.

Spanien und Portugal.

Madrid, 4. April. Die Cortes sind heute
eröffnet worden; der Ministerpräsident Sagasta
erklärte, das gegenwärtige Kabinett werde das
Programm des früheren Kabinetts fortsetzen. Der
Justizminister brachte einen Gesetzentwurf ein, be-
treffend die Unterdrückung des Anarchismus.

Großbritannien und Irland.

London, 4. April. Die parneltischen Ab-
geordneten hielten gestern einen Parteitag in
Dublin zum Zwecke der Erörterung der gegen-
wärtigen Lage der Homeulerfrage. Nachdem
John Redmond, der präsidirte, gegen die Haltung
der Regierung und der Antiparneltisten geäußert
hatte, wurde eine Resolution angenommen, in der
erklärt wird, die gegenwärtige Regierung habe
keinen Anspruch auf das Vertrauen des irischen
Volkes verdient; es sei die Pflicht der irischen
Volksvertreter, die baldige Auflösung des Parla-
mentes zu erstreben, damit die Homeulerfrage
nodmals den Landeswählern unterbreitet werden
könne. Dieser Beschluß wird als eine förmliche
Erklärung betrachtet, daß die Parneltisten in allen
den Bestand der Regierung betreffenden Fragen
mit der Opposition stimmen dürften.

Afrika.

Kairo, 4. April. Der russische Admiral
Nellan wurde heute vom Khedive in feierlicher
Audienz empfangen.

Stettiner Nachrichten.

\* Stettin, 5. April. Der dritte Vortrags-
abend, welchen die Freie literarische Verein-
igung“ gestern im Börsensaale veranstaltete, hatte
einen recht guten Besuch gefunden. Für denselben
war Herr Albrecht v. Haunstein aus Berlin
zu einem Vortrage über „moderne Literatur-
Strömungen“ gewonnen worden, ein Thema, das
ja schon in der Tagesliteratur so vielfache Erör-
terungen gefunden hat, daß Neues darüber kaum
noch zu sagen ist. Es konnte daher nicht Wunder
nehmen, daß Herr v. H. sich im Großen und
Ganzen darauf beschränkte, die Entstehung und
Fortentwicklung der sogenannten realistischen Li-
teratur referirend zu beleuchten. Nebenher gelangte
zu dem Schluß, daß sich aus der realistischen
Nichtung wiederum die idealistische, allerdings
dies durch Anführung zahlreicher Beispiele. An
den beifällig aufgenommenen Vortrag reichten sich
Negotiationen an, von denen wir leider, anderer
Verpflichtungen halber, nur noch die erste zu
hören vermochten, ein sinniges Märchen. „Wie das
Vieliebchen entstand“, das bei der ansprechenden
Wiedergabe durch Herrn Coita eines durch-
schlagenden Erfolges sicher sein dürfte.

\* Vorgespielt Abend gegen 10 1/2 Uhr wurde
in den Anlagen vor dem Königsthor, nahe dem
Konzerthaus, ein Färchen, das sich dort erging,
von zwei Schwelch überfallen. Der junge
Mann erhielt einen Schlag auf den Kopf, so daß
er zu Boden stürzte, das Mädchen schleppten die
beiden Männer auf den Wall und verfluchten, das-

Grundeigentümliches.

Zur Gebäudesteuer.

Stettin, 5. April.
In Nachstehendem lassen wir einen Auszug
aus dem Gebäudesteuergesetz über die Einschätzung
zur Gebäudesteuer, sowie etwaige Reklamationen
und Refurje gegen diese Einschätzung folgen, so-
weit dieselben für die hiesigen Grundbesitzer von
Interesse sind.

Der Gebäudesteuerpflicht unterliegen
die Gebäude und die dazu gehörigen Hofräume
und Hausgärten, sofern der Flächeninhalt der
letzteren einen Morgen (25 Ar 53 Quadr-
meter) Fläche nicht übersteigt. Größere Haus-
güter unterliegen mit ihrem ganzen Flächeninhalt
der Grundsteuer.

Befreit von der Steuer sind diejenigen un-
bewohnten Gebäude, welche nur zum Betriebe
der Landwirtschaft z. B. zur Unterbringung des
Wirtschaftsgeräthes, der Wirtschaftsgeräte, der
Bodenrengungs- u. s. w. bestimmt sind; nicht
minder solche zu gewerblichen Anlagen gehörige
Gebäude, welche nur zur Aufbewahrung von
Dreumaterialien und Rohstoffen, sowie als Stal-
lung für das lediglich zum Gewerbebetriebe bestimmte
Zugvieh dienen.

Beranlagung der Gebäude-
steuer.

Die Veranlagung der Gebäudesteuer erfolgt
bergestalt, daß jedes der Steuer unterliegende Ge-
bäude nach Maßgabe seines jährlichen Nutzungswertes
zu einer der in folgendem Tarif bestimmten
Steuerstufen eingeschätzt wird.

Table with 4 columns: Steuerstufe, Jährlicher Nutzungswert der Gebäude, and two columns for Jahressteuer (Mk. Pf.).

Table with 4 columns: Steuerstufe, Jährlicher Nutzungswert der Gebäude, and two columns for Jahressteuer (Mk. Pf.).

Bis 6000 Mark steigt jede Stufe
um je 3000 Mark, von 6000 Mark und
weiter um je 600 Mark.

Trifft der ermittelte Nutzungswert zwischen
zwei Stufen, so wird das Gebäude zu der gerin-
geren eingeschätzt (§ 4 des Gesetzes vom 21. Mai
1861).

Die Steuer beträgt jährlich:
1. Für Gebäude, welche vorzugsweise zum Be-
wohnen und nur in Ansehung einzelner
Räume zu gewerblichen Zwecken z. B. zu
Kauf- und Kramläden, Werkstätten u. s. w.
benutzt werden; ferner für Schaupiel-,
Ball-, Pades-, Gesellschafts-Häuser und ähn-
liche Gebäude vier vom Hundert des
Nutzungswertes.
2) Für solche Gebäude, welche ausschließlich
oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe die-
nen, namentlich für Fabriken und Manu-
fakturbauwerke, Ziegel-, Kalk- und Gyps-

brennereien, für Brauereien und Brannt-
weinbrennereien, für Feuer- und Hütten-
werke, Schmiede- und Schmelzöfen, Dampf-,
Wasser- und Windmühlen, desgleichen für
solche, nicht zur Benutzung für die Land-
wirtschaft und Fabriken bestimmte Keller,
Speicher, Remisen, Scheunen und Ställe,
welche als selbstständige Gebäude betrachtet
werden müssen, zwei vom Hundert
des Nutzungswertes. Bei den ge-
nannten Gebäuden kommt jedoch nur der
Nutzungswert des räumlichen Gefasses, ohne
Rücksicht auf die damit verbundenen Trieb-
werke oder die darin befindlichen Maschinen
oder Geräthschaften in Betracht.

Für die Besteuerung eines Gebäudes mit
vier oder zwei Prozent des Nutzungswertes ist
nur die Art und Weise maßgebend, in welcher es
von dem steuerpflichtigen Eigentümer be-
nutzt wird, nicht aber der Zweck, zu welchem es
von dem Nießher verwandt wird. Es sind
demgemäß Gebäude, welche vom Eigentümer zum
Bewohnen hergestellt und als Wohngebäude
vermietet worden sind, demnach aber vom
Nießher ausschließlich oder vorzugsweise zum Ge-
werbebetriebe verwandt werden, nicht mit zwei,
sondern mit vier vom Hundert des Nutzungswertes
zur Steuer heranzuziehen.

Der Besteuerung mit vier Prozent fallen im
Allgemeinen diejenigen Gebäude anheim, welche
zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses
für Menschen dienen, oder dazu bestimmt sind, in
ihren Räumen gewisse weitergehende persö-
nliche Bedürfnisse geistiger und körperlicher Aus-
bildung, geistlicher Unterhaltung und Übung, die
Erziehung und Erheiterung des Lebens zu be-
friedigen. Beispielsweise sind hierfür zu zählen:

a) Privat-Unterrichts- und Erziehungsan-
stalten; b) Regelmäßig, sofern sie in Verbindung
mit einem Räume, in welchem sich die Spieler
aufhalten, überhaupt als Gebäude angesehen
werden können; c) Schieß- und Turnhallen, Reit-
bahnen u. dergl.; d) Gärten und Weinbergs-
häuser, sofern sie als Gebäude anzusehen und
nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen von der
Steuer ganz frei zu lassen; e) solche Räume
und Wäschhäuser, welche nicht als gewerb-
liche Anlagen zu betrachten sind. Dagegen unter-
liegen der Besteuerung mit zwei Prozent des
Nutzungswertes im Allgemeinen diejenigen Ge-
bäude, deren Zweck es ist, der Anfertigung,
Zubereitung, Verwertung, Aufbewahrung von
Sachen oder der Beförderung des Verkehrs zu
dienen.
In den Städten, in welchen eine überwiegende
Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch
Vermietung benutzt wird, ist der Nutzungswert
der steuerpflichtigen Gebäude mit Einschluß der

zu diesen gehörigen Hofräume und Hausgärten
nach dem mittleren jährlichen Miethswert der
selben festzustellen und letzterer nach den durch-
schnittlichen Miethspreisen abgemessen, welche
innerhalb der dem Veranlagungsjahr u n m i t t e l -
bar vorangegangenen zehn Jahren
in der Stadt bezogen worden sind. — Der Ver-
anlagung in den Städten ist lediglich der
Brutto-Nutzungswert der Gebäude zu
Grund zu legen. Abzüge von dem
letzteren für die allmähliche Ab-
nutzung des Anlagekapitals, für
die Unterhaltungskosten, für Ver-
luste, sind unbedingt nicht zulässig.
(§ 30 der Ministerial-Zusammenstellung vom
4. Mai 1867.)

Anmerkung: Diese scheinbar sehr harte
Bestimmung ist auf folgende Weise entstanden. Die
Gebäudesteuer sollte ursprünglich ganz gleich mit
der Grundsteuer laufen. Es sollten daher auch wie
bei der Grundsteuer ursprünglich acht Prozent
des Steuerertrages eines Hauses (aber eben nicht bei
der Grundsteuer ohne Abrechnung der Hypotheken-
zinsen u. s. w.) als Steuer erhoben werden. Bei
der Verabredung der schwierigen Frage, was nun als
Reinertrag eines Hauses zu gelten habe, einigte man
sich schließlich dahin, daß man fünfzig Prozent
der ganzen Bruttoertragsnahme für Abnutzung
Reparaturen u. s. w. in Abzug zu setzen beschloß.
Statt aber nun die übrig bleibenden fünfzig Prozent
des Bruttoertrages mit acht Prozent zur
Gebäudesteuer heranzuziehen, hielt man es technisch
für leichter, wenn man statt dessen den ganzen
Bruttoertrag mit nur vier Prozent zur
Steuer heranzog.

Es folgt aus dieser Entstehungsgeschichte des
obigen Paragraphen, daß Kosten für Reparaturen zc.
nicht abgezogen werden dürfen.
Dagegen dürfen unbedingt die bei Erlaß des
Gesetzes noch gar nicht vorhandenen Kosten an
Wasserzins, Kanalizins, sowie die
Kosten für Beleuchtung (Gaszins zc.)
in Abzug gebracht werden, sofern die
Kosten wenigstens dem Vermieter getragen werden
und nicht durch besondern Vertrag den Mietern
aufgelegt sind. (Anm. der Debatte.)

Solche Land- und Gartenhäuser, welche nur
zum Sommeraufenthalt bestimmt sind, werden
ohne Rücksicht auf den Umfang und Ertrags-
wert der dazu gehörigen nutzbaren Ländereien
nach Maßgabe ihrer Größe, Bauart und Ein-
richtung eingeschätzt.

Bezüglich der gewerblichen Gebäude,
welche mit zwei Prozent des Nutzungswertes
zur Gebäudesteuer zu veranlagung sind, wird
zwischen den Städten und ländlichen Ortschaften
kein Unterschied gemacht. Der Nutzungswert ist
nach dem Miethswert des räumlichen Gefasses
der betreffenden Gebäude ohne Rücksicht auf die
damit verbundenen Triebwerke oder die darin be-

findlichen Maschinen oder Geräthschaften in Be-
tracht zu ziehen.

Die Anwendung der allgemeinen Grundzüge
für die Feststellung des Nutzungswertes der
Wohngebäude in den Städten auf die gewerblichen
Gebäude ist jedoch nicht selten mit Schwierig-
keiten verbunden. — Bei solchen gewerblichen
Gebäuden, wo eine unmittelbare Vergleichung mit
Wohngebäuden nicht ausführbar erscheint, weil die
betreffenden gewerblichen Gebäude gemäß dem be-
sonderen Zwecke, welchem sie dienen, eine den
Wohngebäuden mehr oder minder unähnliche
Bauart, Einrichtung und Beschaffenheit haben, ist
der Nutzungswert durch eine mittelbare
Vergleichung mit Wohngebäuden festzustellen,
bergestalt, daß zunächst folgende Werte ermittelt
werden:

a. Die Baukosten der entsprechenden Wohn-
gebäude in derselben Stadt bzw. der Normal-
stadt. b. Die Miethswerte dieser Wohngebäude.
c. Der Prozentsatz, welchen die Summe der
Miethswerte zu b. von der Summe der Bau-
kostenwerte zu a. ausmacht. d. Der Baukosten-
wert des betreffenden einzuschätzenden gewerblichen
Gebäudes und sodann mit Anwendung des zu c.
ermittelten Prozentsatzes auf den Baukostenwert
zu d. der Betrag des Nutzungswertes für das
fragliche gewerbliche Gebäude berechnet und da-
durch festgestellt wird.

Bei der vorgedachten Ermittlung des Bau-
kostenwertes gewerblicher Gebäude müssen die-
jenigen Beträge außer Ansatz bleiben, welche ledig-
lich mit Rücksicht auf die besondere Be-
nutzungsart der Gebäude aufgewandt werden
müssen, ohne daß dadurch das räumliche Gefäß
in demselben vermehrt oder verbessert wurde, wie
beispielsweise bei den kostbaren Fundamentirungen
solcher Gebäude, der Ausmauerung derselben mit
feinsten Steinen u. s. w. stattfindet, was Alles
lediglich des bezüglichen Gewerbebetriebes selbst
wegen stattfinden muß, den Nutzungswert des
Gebäudes, wie er behufs der Besteuerung nur in
Betracht kommen darf, aber nicht erhöht.

Auf Grund des in den Veranlagungsnach-
weisungen enthaltenen Materials und der nöthigen-
falls an Ort und Stelle vorzunehmenden Er-
mittlungen hat die Kommission die einzelnen
Gebäude zur Gebäudesteuer einzuschätzen.

Gebäudesteuer-Reklamationen.

Reklamationen gegen die gefasene Veran-
lagung dürfen nur binnen einer Präklus-
sivfrist von vier Wochen, vom Empfang
des Auszugs aus der Veranlagungsnachweisung
an gerechnet, bei dem Ausführungskommissar des
Veranlagungsbezirks unter Beifügung des Aus-
zugs aus der Veranlagungsnachweisung schriftlich
angebracht werden, was den Beteiligten besonders

